

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 03.09.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06100 Halle
(Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Vertretung für Herr Dr. Diaby
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Frau Katharina Brederlow	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	
Herr Bernd Werner	Verwaltung	Vertretung für Frau Dr. Radig
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Karl Kuhn	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Herr André Scherer	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	Vertretung Herr Dr. Fikentscher
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	keine Vertretung
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Anmerkungen, somit stellte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 18.06.2013
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 09.07.2013
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Baubeschluss Grund- und Sekundarschule Kastanienallee, Beleuchtungsoptimierung
Vorlage: V/2013/11655
- 4.2. Erste Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)
Vorlage: V/2013/11649
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Zusatzkosten zur Jahresschülerkarte für SchülerInnen der Sportschulen Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11850
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht zur Schulwegsicherheit 2013
Vorlage: V/2013/11790
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 18.06.2013

Herr **Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, rief die Niederschrift vom 18.06.2013 auf und bat um Wortmeldungen.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, bat Herr **Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, um Bestätigung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 09.07.2013

Herr **Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, rief die die Niederschrift vom 09.07.2013 auf und bat um Wortmeldungen.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, bat Herr **Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, um Bestätigung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Baubeschluss Grund- und Sekundarschule Kastanienallee, Beleuchtungsoptimierung Vorlage: V/2013/11655

Herr **Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, bat um Anmerkungen zu der Beschlussvorlage und gab das Wort an die Verwaltung.

Herr **Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, fragte Herrn **Bielecke, Leiter des Eigenbetrieb ZentralenGebäudemanagement**, ob es etwas vorzutragen gebe.

Herr **Bielecke, Leiter des ZentralenGebäudemanagement**, teilte mit, dass er auf Rückfragen antworte.

Frau **Raab, FDP-Fraktion**, fragte, ob die eingeplanten Gesamtkosten in Höhe von 218.000,00 Euro richtig seien? Sie bezog sich auf Begründung, dass angenommen werde, dass sich der Verbrauch senke. Sie fragte außerdem, ob es eine Berechnung gebe, ab wann es sich rentiert, die Anlage zu erneuern?

Herr **Bielecke, Leiter des ZentralenGebäudemanagement**, antwortete, dass sich die Gesamtkosten nicht nur auf die Beleuchtung sondern auch auf die gesamte Elektrik in den betroffenen Räumen beziehen. Er antwortete außerdem, dass sich die Investition nach 3-4 Jahren amortisieren würde.

Herr **Senger, SKE**, hinterfragte den Punkt 3 Seite 6 der Beschlussvorlage. Er habe einen Vergleich über den Elektroverbrauch von vorher zu nachher berechnet. Laut seiner Berechnung sei es ein längerer Zeitraum als 3-4 Jahre, ehe die Kosten vollständig

amortisiert sein würden. Auch könne der angegebene Verbrauch sich nicht nur auf die Beleuchtung beziehen, da stimmen die Werte nicht. Zudem stellte er den Amortisationszeitraum in Frage, d.h. die Wirtschaftlichkeitsberechnung könne so nicht stimmen. Er fragte, warum nur eine Einsparung von 1000 kWh erzielt werde?

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, erklärte, dass die Elektroanlage auch aus Gründen des Brandschutzes grundsätzlich erneuert werden müsse. Die neue Beleuchtung kann nur auf der Basis der grunderneuterten Elektroanlage installiert werden. Die Angaben zur Rentabilität seien jedoch nur auf die Beleuchtung in den betroffenen Bereichen der Schule bezogen, der restliche Teil der Schule sei hier noch nicht betrachtet.

Herr Kogge, Beigeordnete für Bildung und Soziales, unterstrich, dass es sich bei dem Baubeschluss nur um die Beleuchtung in den Fluren und Treppenhäusern handele.

Herr Senger, SKE, entgegnete, dass die Zahlen für ihn nicht plausibel seien.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, schlug vor, dass **Herr Bielecke** den Punkt zur erneuten Bearbeitung mitnehme.

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, antwortete, dass die Zahlen sich auf den Teil der Beleuchtung in den von **Herrn Kogge** benannten Räumen beziehen.

Frau Müller, Fachbereich Bildung, Sachbearbeiterin Investcontrolling, erläuterte, dass die Maßnahme gemäß Baubeschluss 288.000 Euro koste. In den Haushalt 2012 wurden bereits außerplanmäßig 70.000 € Planungskosten eingestellt.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, entgegnete, dass die Finanzierung auf Seite 6 in der Beschlussvorlage zu sehen sei.

Herr Bau, SKE, merkte an, dass selbst wenn nur die Beleuchtung und der Brandschutz im Vordergrund stehen, der Einsatz von 218.000,00 Euro unangemessen hoch sei und er fragte auch nach der Nachhaltigkeit der Investition. Er teilte mit, dass die Schule in der Prioritätenliste sehr weit oben stand.

Herr Bielecke, Leiter des Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement, teilte mit, dass es in Kürze einen Antrag für die 2. Phase des STARK III-Programms geben werde.

Herr Feigl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, entgegnete, dass er die Zahlen, die für die Flurbeleuchtung eingeplant seien, auch wenn sie die Fluchtwege betreffen, zu hoch finde. Es sei eine Sache, die man stärker hinterfragen solle. Er finde es fraglich, die Maßnahme in der Größenordnung durchzuführen. Er fragte, welche Lampen eingesetzt und ersetzt werden. LED-Lampen verbrauchen ein 10tel von einer herkömmlichen Glühbirne. Was die energetische Einsparung anbelange, müsse weitaus mehr rauszuholen sein. Er habe Klärungsbedarf.

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, antwortete, dass es eine Einzelmaßnahme sei, die beantragt wurde und es daher eine Begrenzung gebe. Die Erneuerung findet in den Fluren statt. LEDs erbringen in den Fluren einen Vorteil, was auch vorgesehen sei, jedoch sind diese in den Klassenräumen nicht so wirtschaftlich.

Herr Feigl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der Höhe der Energieeinsparung.

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, antwortete, dass sich eine energetische Rendite von 8 % ergebe.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob in nächster Zeit ein Komplettanstrich geplant sei?

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, antwortete, dass dies Bestandteil des Antrages für die 2. Förderphase werde. Ein Komplettanstrich sei dann vorgesehen. Die Zielstellung sei, die Gesamtanforderung Brandschutz zu erfüllen.

Herr Scherer, SKE, fragte, ob LED-Lampen bei einer längeren Nutzung sinnvoller seien, insbesondere bei langer Nutzungsdauer rentieren sie (Energiesparlampen) nicht, wenn öfter ein- und ausgeschaltet wird, da wären dann LED-Leuchten die bessere Wahl.

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, bestätigte die Aussage von **Herrn Scherer,** aber dies ist vorerst noch nicht wirtschaftlich.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, entgegnete, dass die Beleuchtung der Schule optimiert werde und dieses zweckmäßig sei. In den Klassenräumen sollte vorrangig die Beleuchtung optimiert werden, da diese teilweise eine schlechte Beleuchtung haben und man nicht voraussetzen sollte, dass Tageslicht ausreiche. Seine 1. Frage wäre, ob die Sanierung während der Ferien stattfinden könne? Seine 2. Frage wäre, warum sich gerade für die Firma GFW entschieden wurde, da diese Ihren Sitz in Berlin habe?

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, antwortete, dass die Firma auch einen Standort in Dessau habe. Die Firma habe sehr gute Referenzen, was die energetische Sanierung und die Zusammenarbeit mit den Förderstellen betreffe. Die Optimierung der Beleuchtung in der kompletten Schule würde den Kostenrahmen übersteigen. Es werde versucht, außerhalb der Unterrichtszeiten zu arbeiten, da es Forderungen der bewilligenden Stelle zum Abschluss der Maßnahme gebe.

Frau Müller, Fachbereich Bildung, Sachbearbeiterin Investcontrolling, ergänzte, dass die Summe im ursprünglichen Förderantrag 450.000,00 Euro betragen habe. Es werde im 2. Förderantrag die Erneuerung der Beleuchtung in den Klassenräumen berücksichtigt.

Herr Feigl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob es ein Problem wäre, die Beschlussvorlage zu verschieben, da zu viele Fragen aufgetreten sind, die nicht beantwortet werden konnten.

Frau Müller, Fachbereich 51, Sachbearbeiterin Investcontrolling, antwortete, dass es kein Problem darstellen würde aber eine Abstimmung positiv sei, da ansonsten keine Ausschreibungsunterlagen fertig gestellt werden können.

Herr Senger, SKE, fragte, ob er richtig verstanden habe, dass die Beleuchtung in den Klassenräumen in etwa das gleiche kosten würde wie die Sanierung in den Fluren? Die Beleuchtung in den Klassenräumen empfinde er als wichtiger als die Beleuchtung in den Fluren, da diese oft durch Fenster gut beleuchtet seien. In einem Klassenraum reiche das Tageslicht nicht für eine optimale Beleuchtung aus.

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, antwortete, dass die Beleuchtung in den Fluren wie auch die Beleuchtung in den Klassenräumen wichtige Maßnahmen seien. Gemäß der Dringlichkeit müssen vorerst die Fluchtwege mit einer optimalen Beleuchtung, die auch den Anforderungen des Brandschutzes Rechnung tragen, ausgestattet werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, stimmte **Herrn Bielecke** zu, dass vorerst die Fluchtwege mit einer entsprechenden Beleuchtung versehen werden müssen.

Herr Senger, SKE, fragte, ob es eine Auflage gebe, dass die Fluchtwege erneuert werden müssen?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass es eine Auflage gebe.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, verwies auf die Brandschutzprioritätenliste.

Herr Senger, SKE, fragte, ob es ein Problem wäre, das geplante Geld auf die Sanierung der Klassenräume umzulenken?

Herr Feigl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte den Antrag diese Beschlussvorlage heute in erster Lesung zu behandeln.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat die Stadträte um Abstimmung des gestellten Antrages auf Behandlung in erster Lesung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Da noch viele offene Fragen bestünden, die heute nicht geklärt werden könnten, machte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, den Vorschlag auf Vertagung der Abstimmung zur Beschlussvorlage. Diesen Antrag zur Vertagung der Beschlussvorlage stellte er zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF beschließt die Beleuchtungsoptimierung der Flucht- und Rettungswege einschl. Sicherheitsbeleuchtung im Rahmen des STARK III-Förderprogramms, Phase I, unter Vorbehalt eines entsprechenden Förderbescheides.
Die Verwaltung wird beauftragt, die Einstellung der Mittel bei der nächsten Nachtragshaushalts- und Investitionsplanung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

**zu 4.2 Erste Änderung des Zweiten Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen (Vorlage: V/2012/10587)
Vorlage: V/2013/11649**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat die Verwaltung um Stellungnahme.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Bildung, teilte mit, dass die Brandschutzgrundsicherung des Johann-Gottfried-Herder Gymnasiums Bestandteil der Prioritätenliste sei. Die Kellerräume müssen dringen trocken gelegt werden. Nun mehr erfolge die Umsetzung. Zu Details werde **Herr Bielecke** Stellung nehmen. Die Verwaltung bat um Zustimmung der Beschlussvorlage.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fand es erschreckend, für die IT-Verkabelung 250.000,00 Euro auszugeben. Sie schlug die Variante D-LAN vor, da es einen Bruchteil von 250.000,00 Euro koste. Sie fragte, ob Ausstattung für die Schule in den Kosten mit eingeplant sei?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass in den Kosten keine Ausstattung enthalten sei.

Frau Raab, FDP-Fraktion, äußerte, dass sie die IT-Versorgung für 10.000,00 Euro verlegt bekomme.

Herr Bau, SKE, teilte mit, dass er die Kosten in Höhe von 250.000,00 Euro für zu hoch empfinde. Es gebe durchaus die kostengünstigere Möglichkeit, das Schulgebäude mit mehreren W-LAN Stationen zu versorgen.

Herr Hänsel, SKE, fragte, ob eine Variantenuntersuchung gemacht wurde? Außerdem fragte er, ob es ein Gutachten davon gebe, dass das W-LAN nicht funktioniere und ob eine Mischlösung untersucht wurde? Wie werde es ausgeschrieben?

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, antwortete, dass die Lösungsmöglichkeiten grundsätzlich untersucht worden sind. Es sollen künftig alle Unterrichtsräume versorgt werden, weswegen eine W-LAN Station nicht ausreiche. Dazu wurden die Voraussetzungen (Datenaufkommen, Störsignale) betrachtet und geprüft. Das Ziel bestehe darin, dass jeder Nutzer ungestört arbeiten kann, das heißt es sei eine, für eine große Zahl von Nutzern, betriebssichere Anlage zu errichten. Der Serverraum müsse bestimmte physikalische Eigenschaften aufweisen. Hierzu gehöre z. B. Sicherung einer entsprechenden Raumtemperatur. Wie üblich werde die Leistung öffentlich ausgeschrieben.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte, wie viele interaktive Tafeln im Gymnasium geplant seien?

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, antwortete, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass jeder Unterrichtsraum mit einer elektronischen Tafel ausgestattet werden kann.

Herr Hänsel, SKE, fragte sich, warum die Möglichkeiten nicht genutzt werden, sich sachkundig zu machen. Er fragte außerdem, ob eine Mischvariante am sinnvollsten sei. Er entgegnete, dass die Variante, in den Fluren W-LAN Stützpunkte anzubringen, hervorragend funktioniere.

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, antwortete, dass geprüft und nachgewiesen werde, dass die wirtschaftlichste Variante genommen werde.

Herr Senger, SKE, entgegnete, dass in jeden Klassenraum eine Leitung gezogen werden müsse. Er fragte, wie sich die Kosten in Höhe von 250.000,00 Euro zusammensetzen, da dies entscheidend für ihn sei. Eine Übersicht hierzu würde er begrüßen.

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, antwortete, dass er eine Übersicht fertigestellen werde.

Herr Bau, SKE, äußerte, dass ihm in der Beschlussvorlage auf Seite 5 ein Satz: „Die in 2013 nicht kassenwirksam werdende Mittel in Höhe von 875.600,00 € gesamtstädtisch zur Verfügung stehe“, stutzig mache.

Frau Müller, Fachbereich Bildung, Sachbearbeiterin Investcontrolling, antworte, dass sie nicht wisse, welche konkrete Maßnahme die Kämmerei hierfür nutze. Der Stadt Halle (Saale) werden 875.000,00 Euro zur Verfügung gestellt. Sie wisse nicht, wofür Mittel im Einzelnen im Rahmen des städtischen Gesamthaushaltes dann verwendet werden. Andere anfallende Maßnahmen werden im Nachtragshaushalt geplant.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, entgegnete, dass hierfür der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteteiligungsverwaltung und Liegenschaften zuständig sei.

Herr Bau, SKE, fragte, ob es eine Darstellung gebe, wo das Geld hinfließe?

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, antwortete, dass die Verwaltung dies zum nächsten Termin beantworte.

Herr Senger, SKE, informierte über ein vergleichbares Projekt an der IGS. Die Firma hat sich gegen W-LAN und für den Kabelanschluss entschieden.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, stimmt der Aussage von **Herrn Senger** zu. Jeder Computer benötige einen Kabelanschluss, weswegen keine andere Möglichkeit bestehe, als eine Gesamtverkabelung in der Schule vorzusehen.

Herr Kneissl, SKE, äußerte, dass er erfreut über dieses Vorhaben sei. Er fragt die Verwaltung, wie das Netz unterhalten werden solle? In den meisten Schulen bestehe nicht einmal ein Virenprogramm. Die Software und Hardware bedürfen einer ständigen Pflege und Betreuung. Dies ist Aufgabe des Schulträgers. Er denke, dass hierfür eine halbe Planstelle benötigt werde, die dafür tätig sei. Es wäre unmöglich, dies dem Selbstlauf zu überlassen. Er sieht die Stadtverwaltung in der Pflicht zu sagen, wie der weitere Verlauf, insbesondere auf die Folgekosten bezogen, geplant sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, bedankte sich für die Anregungen. Er antwortete, dass alle Berufsbildenden Schulen einen Administrator haben. Wer Bildung nach vorne bringen möchte, müsse auch die Bildung bezahlen. Dies werde leider nicht oft mit einer ausreichend finanziellen Ausstattung versehen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, stimmt den Worten von **Herrn Kneissl** zu, da sie diesbezüglich berufliche Erfahrungen habe. Trotz alledem findet sie die Kosten in Höhe von 250.000,00 Euro zu hoch, selbst wenn es komplett verkabelt werde. Aus ihrer beruflichen Erfahrung teilt sie mit, dass komplette Stockwerke zu einem weitaus günstigeren Preis verkabelt wurden. Sie bittet um Zuarbeit seitens der Verwaltung und um die Überprüfung des Stromleitungsnetzes und der Mischvariante. Es solle plausibel aufgeführt werden, was tatsächlich geplant sei und aus welchen Gründen andere Varianten verworfen wurden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass es bei W-LAN nicht um die Wandstärke sondern um die Bandbreite gehe, die erreicht werde. Die elektronischen Tafeln können bei eingeschränkter Bandbreite ggf. nicht korrekt eingesetzt werden. Mit einer Gesamtverkabelung wäre ein durchgängig schnelles Netz gewährleistet. Damit wäre beim Bau viel Arbeit und ein großer Materialaufwand verbunden. Er wäre erfreut gewesen, wenn seitens der Verwaltung gesagt worden wäre, dass Folgekosten eingeplant wurden. Die Wartung müsse einmal im Jahr erfolgen. Möglichst viele Schulen sollten auf diesem modernsten Stand der Technik versorgt werden.

Herr Senger, SKE, fragte nach der Schnelligkeit und der Anbindung des Internets.

Herr Bielecke, Leiter des Zentralen Gebäudemanagement, antwortet, dass er bisher noch keine Aussagen treffen könne, wie schnell die Internetversorgung in dem Stadtgebiet ist und damit für die Schule sein kann.

Herr Hänsel, SKE, äußerte, dass die Kosten selbst für eine Gesamtverkabelung zu hoch seien. Seinem Erachten nach sei ein Kabelnetz für eine stabile Internetverbindung notwendig, wodurch sich eine Mischlösung ergeben würde.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte nach, ob es schädlich sei, die Abstimmung zur Beschlussvorlage zu verschieben?

Frau Müller, Fachbereich Bildung, Sachbearbeiterin Investcontrolling, antwortete, dass es nicht schädlich sei, da die Umsetzung der Maßnahme erst ab Oktober 2014 erfolgen solle.

Frau Raab, FDP-Fraktion, beantragte die Vertagung dieser Vorlage und die heutige Behandlung als erste Lesung und bittet um detaillierte Beantwortung der Fragen und eine Aufschlüsselung der Kosten durch die Verwaltung.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte diesen Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt für das Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium zusätzlich zur Brandschutzgrundsicherung und Kellertrockenlegung die IT-Vernetzung des gesamten Schulhauses.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Einstellung der Mittel bei der nächsten Nachtragshaushalt- und Investitionsplanung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Zusatzkosten zur Jahresschülerkarte für SchülerInnen der Sportschulen Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11850**

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., begründete den Antrag seiner Fraktion. Die Schüler der Sportschule absolvieren im Rahmen ihrer Schulausbildung ein umfangreiches Trainingsprogramm. Das Ziel dieses Antrages besteht deshalb darin, dass die Schüler kein zeitlich limitiertes Schülerticket, sondern eine volle Monatskarte erhalten, da sich oftmals die Trainingsstätten nicht am Schulort sondern außerhalb des 3 km Bereiches befinden. Die Fraktion habe den Hinweis erhalten, dass viele Wettkämpfe und Trainingseinheiten auch während der Ferien zu absolvieren sind.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte Herrn Schmidt, Schulleiter der Sportschule, vor und teilte mit, dass er für Rückfragen zur Verfügung stehe. Aufgrund dessen stellte Herr Schachtschneider den Antrag auf Rederecht für Herrn Schmidt.

Er bat um Abstimmung des gestellten Antrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Bildung, antwortete, dass die mehrheitliche Annahme des Antrages bedeute, dass ein Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt werde. Momentan laufen Gespräche mit der HAVAG zum Thema Erneuerung des Schülertickets. In dem Zuge könne man verschiedene Varianten mit einbeziehen. Das Ziel dabei sei, die Karte attraktiver zu gestalten.

Herr Senger, SKE, fragte, ob der Antrag nur für die Schüler gelte, die bereits ein städtisches Ticket nutzen? Aus seiner Sicht halte er es für problematisch. Die Gründe der Sportschüler gelten auch für Schüler an anderen Schulen. Hierfür nannte er als Beispiel den Chor an der KGS „Ulrich von Hutten“.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, antwortete, dass es sich hier um eine Sondersituation handele, die schon länger bekannt sei. Sie sehe die Problematik als dringend, da man das Musizieren zuhause üben könne, aber dies bei einem Training nicht möglich sei.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., entgegnete, dass, eine Annahme des Antrages dazu führen könne, dass Schüler anderer Schulen ebenfalls einen Anspruch darauf erheben

werden. Die Sportschulen wurden damals von dem Land übernommen, warum wurde die Frage der Kostenregelung für den Trainingsanteil damals nicht besser geregelt?

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Bildung, antwortete, dass sie momentan keine Aussage zu den damaligen Verhandlungen treffen könne. Sofern der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert werden soll, sei dies nur über die Schülerbeförderungssatzung möglich. Die Verwaltung sei angehalten weitere zusätzliche freiwillige kostensteigende Leistungen auszuschließen, sofern keine Kostendeckung angeboten werden kann.

Herr Bau, SKE, entgegnete, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits einen Antrag gestellt habe, dass das Ticket auf 20:00 Uhr verlängert werde. Dieser wurde abgelehnt. **Herrn Sengers** Aussage, dass auch andere Schulen eine solche Kostenübernahme beanspruchen könnten, könne er nicht zustimmen. Er finde den Antrag gut, aber zu kurz gegriffen, weswegen man ihn noch erweitern könne.

Herr Scherer, SKE, äußerte, dass er es für sinnvoll halten würde, den Antrag zu vertagen, bis eine Gesamtlösung für ein anderes Schülerticket vorgestellt werden könne.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass er vorweg die Stellungnahme des Schulleiters abwarte. Er wies daraufhin, dass man den Antrag zurück stellen könne, aber es letztendlich ein Prüfauftrag mit Abwägungen für die Verwaltung sei. Es solle berücksichtigt werden, dass es auch für Schüler von anderen Schulen ermöglicht werde, verschiedene außerschulische Angebote wahrzunehmen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte, wie es mit den Trainingseinheiten vormittags geregelt sei?

Herr Schmidt, Schulleiter Sportschulen Halle, informierte, dass er seit Mitte Februar 2013 Schulleiter an der Sportschule in Halle sei. Es gebe 19 Sportarten, die an der Schule angebunden seien. Die Wettkämpfe im Abendbereich seien kein schulpflichtiger Teil. Die Schüler werden auf Leistungssport vorbereitet, wo das Training mit einem üblichen Training nicht vergleichbar sei. Die Schüler haben am Tag 2 Trainingseinheiten, wo eine während der Schulzeit (7:00 Uhr – 16:40 Uhr) stattfindet. Es gehe letztendlich darum, wie die abendlichen Trainingseinheiten bewertet werden. Ohne dieses Training ergäbe auch das Nachmittagstraining und die Wettkämpfe keinen Sinn. Das Training erziele letztendlich erfolgreiche Ergebnisse.

Herr Senger, SKE, stimmte den Aussagen des Schulleiters zu. Das Problem bestehe aber darin, dass es sich nicht um eine schulische Veranstaltung handle, sondern um Trainingseinheiten bei den Sportverbänden. Er erläutere das Problem an der KGS „Ulrich von Hutten“, da es dort einen Chor gebe, wo die Kinder auch zu Übungsstunden fahren müssen und die Kosten dafür selber tragen. Es müsse zwischen Training und Musikunterricht unterschieden werden. Er fragte, ob die Arbeitsgruppe Schülerbeförderung im Diskussionsprozess um ein neues Schülerticket mit einbezogen werde?

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Bildung, bejahte diese Frage.

Herr Senger, SKE, fragte, ob die Stadt ein umfassendes Schülerticket anstrebe?

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Bildung, antwortete, dass es darum gehe, möglichst vielen Schülern einen günstigeren Fahrt mit dem ÖPNV zu ermöglichen. Der Bereich Schülerbeförderung nach dem Schulgesetz sei eine Pflichtaufgabe der Verwaltung. Es solle ein gestaffeltes System werden. Es werde Verhandlungen mit der HAVAG hierzu geben, Details können zum momentanen Zeitpunkt aber verständlicherweise noch nicht genannt werden. Auch die Arbeitsgruppe Schülerbeförderung werde in diesen Prozess einbezogen sein.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, bat die Ausschussmitglieder darum, diese Anträge im jeweils hierfür zuständigen Ausschuss zu stellen. Auch wenn er diese Wünsche nachvollziehen kann, sei der Bildungsausschuss hierfür nicht das richtige Gremium.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, äußerte, dass die Trainingszeiten der Sportschulen eine besondere Situation seien. Da es sich hier jedoch erst einmal um einen Prüfauftrag für die Verwaltung handele, würde sie den Vorschlag aufnehmen, diesen Antrag zu vertagen. Sie bittet um einen Vergleich zwischen Sport und dem Chor. Sie stellte den Antrag auf Vertagung des Antrages der Fraktion DIE LINKE..

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., entgegnete, dass der Antrag der Verwaltung die Optionen eröffne, in verschiedene Richtungen zu prüfen. Fakt sei, dass für die Sportschule eine Sonderprüfung notwendig sei. Wenn der Antrag vertagt werde, laufe es daraus, der er sich irgendwann erledigt habe. Er verstehe nicht wieso die Antwort der Verwaltung vom Juni keinen Bezug zu offenbar laufenden Verhandlungen mit der HAVAG enthalten habe.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte, ob die Verwaltung das Anliegen des Antrages als Prüfauftrag übernehmen werde?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass die Verwaltung den Antrag als Prüfauftrag übernehme.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fasste zusammen, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE. als Prüfauftrag für die Stadt übernommen werde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte mit, dass die ersten konkreteren Gespräche mit der HAVAG erst in der Sommerpause begonnen hätten.

Herr Kneissl, SKE, äußerte, dass bei der Prüfung folgendes berücksichtigt werden solle: Wettkämpfe und Trainingseinheiten finden am Abend und am Wochenende statt. Die zweite Sache wäre, dass Trainingseinheiten am Vormittag stattfinden und Schüler durch die 3 km Grenze die Fahrtkosten selbst tragen. Wenn man prüfe, sollte man diese beiden Tatsachen voneinander trennen. Die Vormittageinheiten gehören zu den schulischen Veranstaltungen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, schloss die Diskussion mit der Vertagung des Antrages.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bericht zur Schulwegsicherheit 2013 Vorlage: V/2013/11790

Der Bericht zur Schulwegsicherheit 2013 lag vor.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Hr. Senger, SKE, stellte fest, dass er nicht wisse, wer Verfasser des Berichts zur Schulwegsicherheit 2013 sei. Er wies auf den vorletzten Absatz auf Seite 2 hin und äußerte,

dass der Stadtelternrat eine Elterninitiative sei. Der Stadtelternrat habe sich bezüglich der Sekundarschule Johann Christian Reil an die Behörden gewandt. Dies wurde positiv dargestellt. Er empfinde den Bericht als einseitig, da es nur um die Verkehrssicherheit gehe. Die Schulwegsicherheit betreffe weitaus mehr wie z. B. die Beleuchtung und die Räumung von Wegen zur Winterzeit. Er würde es begrüßen, wenn man aufnehmen würde, in welchem Zustand sich die Schulwege befinden. Außerdem sollten die Kinder mehr in dem Bereich Verkehrserziehung geschult werden. Er informierte, dass sich der Stadtelternrat wieder um neue Aufkleber zur Verkehrssicherheit gekümmert habe. Seit Anfang des Schuljahres werden die 1000 Aufkleber flächendeckend verteilt. Er hoffe, dass die Aufkleber diesmal länger erhalten bleiben.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, entgegnete, dass Anträge auf zusätzliche Berichte in schriftlicher Form einzureichen seien und bat, sich an die Fraktionen zu wenden. Der Bericht mache deutlich, durch Verkehrserziehung die Kinder stärker zu sensibilisieren. Die Streupflicht zur Winterzeit ist ein generelles Problem und betreffe auch die Sicherheit von Schulwegen. Dem Bericht liegen Fragestellungen aus einem Antrag aus 2011 zu Grunde und er beschreibe die aktuellen Handlungsfelder mit denen sich die Stadtverwaltung im Rahmen ihrer Arbeit befasse.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat, dass die Verwaltung die Anregungen im nächsten Bericht berücksichtigen solle.

Herr Scherer, SKE, teilte mit, dass häufig Unfälle in der Merseburger Straße an der Kreuzung Huttenstraße passieren. Er fragte, ob dort bereits etwas veranlasst sei? Sein Vorschlag wäre die Einführung einer Tempo-30-Zone.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass man nicht ausschließen könne, dass sich die Kinder nicht ganz konform verhalten. Die Tempo-30-Zone in der Merseburger Straße sei rechtlich nicht durchsetzbar, da es sich um eine Bundesstraße handele.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., entgegnete, dass die Ampelzeitschaltung schwierig sei. Er hätte gerne die Anzahl der Schüler an den Grundschulen und Sekundarschulen, die mit einer Ausnahmegenehmigung des Landesschulamtes aufgenommen wurden, ausgewiesen nach Schulen.

Herr Dr. Fickenscher, SPD-Fraktion, fragte, inwieweit die Stadt Halle (Saale) an der Veranstaltung zum Schulgarten in der Franckeschen Stiftung teilnehme, um sich zu präsentieren.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass die Verwaltung mit der Franckeschen Stiftung ein Aushängeschild habe. Eine Teilnahme der Stadtverwaltung an der Veranstaltung sei nicht vorgesehen.

Herr Bau, SKE, erkundigte sich, ob die Stadt Halle (Saale) eine Studie macht/finanziert, die sich mit der Verkehrssicherheit befasst und falls ja, ob dann Mittel im Haushalt bereit stehen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass er dazu eine Antwort aus dem zuständigen Fachbereich einholen werde.

Herr Bau, SKE, fragte, warum die Sanierungsmaßnahme in der Grundschule Diemitz aus dem Förderprogramm STARK III rausgefallen sei?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, entgegnete, dass eine schriftliche Antwort folgen wird.

Herr Hänsel, SKE, fragte, wann die Verwaltung beabsichtige, über die Ergebnisse des Prüfauftrages des Beschlusses zur Turnhalle der Sekundarschule Kastanienallee zu berichten.

Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich Bildung und Soziales, antwortete, dass die Beantwortung durch das ZGM als Dienstleister erfolgt. Er habe über den GB V einen Brief von **Herrn Felgner, Staatssekretär des Ministeriums für Finanzen LSA**, in Kopie erhalten. Dieser sei mit Schreiben vom 28.8.13 den Fraktionen zugegangen. Die Antwort im Schreiben des Ministeriums lautet, dass ein Wechsel von energetischer Sanierung zu einem Ersatzneubau jetzt nicht mehr möglich sei, da der Antrag als Sanierungsobjekt eingereicht wurde und nun entsprechend alle Maßnahmen ausgewählt wurden. Diese Antwort ist das Ergebnis der Aufforderung an die Verwaltung noch einmal auf das Finanzministerium zuzugehen und zu prüfen, ob ein Wechsel der Baumaßnahmen noch möglich sei.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bestätigte, dass es Gespräche der Stadt mit dem zuständigen Ministerium zu dieser Thematik gegeben habe.

Herr Lange, Fraktion Die LINKE., bestätigte ebenfalls, dass er den Brief am 02.09.2013 gelesen habe.

Herr Hänsel, SKE, berichtete, dass er zur Thematik Turnhalle Sekundarschule Kastanienallee Anfang August 2013 beim ZGM Akteneinsicht genommen habe. Auffallend war, dass die von ihm gestellten Fragen seitens des ZGM nicht beantwortet werden konnten. Zur Standsicherheit der Turnhalle konnte auch keine Aussage gefunden werden. Auf die Frage, wo nun die Variantenuntersuchung Ersatzneubau und energetische Sanierung sei, konnte weder geantwortet noch Unterlagen vorgelegt werden. Schlussfolgernd wurden keine Vorbereitungen zu dem Termin der Akteneinsicht getroffen.

Herr Lange, Fraktion Die LINKE., bat die Verwaltung um eine Darstellung, wie viele Schüler aus dem Saalekreis an den Schulen in Halle aufgenommen wurden. Er fragte, ob sich die Stadt Halle (Saale) dafür eingesetzt habe, dass die Schüler aus dem Saalekreis die Schulen in Halle besuchen können? Er wünsche sich eine Willkommenskulptur. Er bat um eine kurze Stellungnahme durch die Verwaltung, wie mit den Anträgen aus dem Saalekreis umgegangen wurde.

Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich Bildung und Soziales, antwortete, dass sich ein Kind aus dem Saalekreis eingeklagt habe. Die Verwaltung habe den Saalekreis mehrmals aufgefordert, der Stadt Halle mit dem Gastschulbeitrag entgegen zu kommen. Der Saalekreis hat sich hierzu jedoch nicht positiv positioniert. Es gebe zwei Ausnahmen, Schüler aus Angersdorf und Zscherben können nach geltender Schulträgervereinbarung das Christian-Wolff-Gymnasium besuchen. Alles andere könne er vorerst nicht beantworten, dies erfolgt aber im Nachgang.

Herr Lange, Fraktion Die LINKE., fragte, ob seitens der Stadt ein Signal gesendet wurde, dass keine Schüler von außerhalb aufgenommen werden?

Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich Bildung und Soziales, antwortete, dass dies nicht so sei. Es könne nur möglich sein, dass einzelne Eltern nachgefragt haben, hier aber auf die bestehende Vereinbarung mit dem Saalekreis verwiesen worden sei.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Bildung, ergänzte, dass sich der Saalekreis verweigert, Gastschulbeiträge für Kinder zu zahlen, denen im Saalekreis gem. Schulentwicklungsplan Gymnasialplätze angeboten werden können. Es sind jedoch auch keine Schreiben durch die Stadt Halle (Saale) versandt worden, mit denen im Saalekreis für die Schulen in Halle geworben wurde.

Herr Senger, SKE, teilte mit, dass die Schulen Grundschule Heideschule, Sekundarschule Halle Süd und die Grundschule Diemitz aus dem Förderprogramm STARK III 2. Phase gestrichen wurden aber dafür andere Schulen aufgenommen wurden. Er verstehe nicht, dass diese Schulen energetische Anforderungen für STARK III Phase 2 nicht erfüllen.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Bildung, entgegnete, dass bis zum heutigen Datum die Förderungskriterien für die 2. Förderphase nicht vorliegen. Sie sicherte eine Antwort diesbezüglich zu.

Herr Senger, SKE, erwähnte den Vorfall mit dem herausgefallenen Fenster an der Grundschule Am Heiderand. Aufgrund dessen wurde begonnen, in Schulen sämtliche Fenster zuzuschrauben. Nach seiner Kenntnis fordere jedoch die Unfallkasse, dass mindestens ein großes Fenster in einem Klassenraum zu öffnen sein müsse. Er fragt, warum in der IGS nur 2 kleine Fenster geöffnet werden können.

Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich Bildung und Soziales, antwortete, dass er hierzu das ZGM befrage.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, teilte mit, dass Fragen mitgenommen werden und das ZGM eine schriftliche Antwort nachreiche.

Herr Senger, SKE, fragte, ob der Auftrag mit dem Fenstern aus dem Fachbereich Bildung komme?

Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich Bildung und Soziales, antwortete, dass der Auftrag nicht vom Fachbereich Bildung ausgelöst wurde. Aufträge gehen üblicherweise direkt von der Schule an den Dienstleister ZGM bzw. werde das ZGM von sich aus aktiv.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bezog sich auf eine Anfrage zum Schülerwohnheim Myrtenweg, wonach es dort keine Wohnungen mehr für die Schüler der Berufsschulen gebe.

Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich Bildung und Soziales, antwortete, dass er zu dieser Thematik bereits informiert habe. Das Georg-Cantor-Gymnasium hatte in den letzten 2 Jahren keinen Bedarf aus jüngeren Klassen an Wohnheimplätzen und die Sportschüler nutzen zwei andere Wohnheime. Der Hauptnutzer des Schülerwohnheims sind die Berufsschulen. Seines Erachtens ergeben sich keine Schwierigkeiten, diese Bedarfe mit dem Schülerwohnheim abzudecken.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Bildung, ergänzte, dass nach ihrem Wissen zuletzt 2012 aus Bedarfsgründen eine Wohnung gekündigt wurde. Es gibt weiterhin auch Außenwohnungen. Nach Ihrer Kenntnis konnte bisher der Bedarf gedeckt werden.

Herr Lange, Fraktion Die LINKE., fragte nach dem Zustand des Wohnheimes im Myrtenweg. Für welchen Zeitraum sei eine Sanierung geplant?

Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich Bildung und Soziales, antwortete, dass die Ausstattung nun nicht mehr wie in einer Wohngemeinschaft sei, sondern wie in einem Internat. Die Verwaltung habe seit mehreren Jahren versucht, eine Sanierung in die Investitionsplanung aufzunehmen, dies sei aber nicht gelungen, da immer andere Schulbauprioritäten bestanden. Auch bei der Ausstattung konnten nicht alle Anträge des FB Bildung im Plan berücksichtigt werden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, entgegnete, dass es um die Möbel, Fußböden und weiteres gehe. Die Schüler nehmen deswegen Abstand von dem Wohnheim.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Bildung, antwortete, dass selbst bei Nutzung der Wohnungen die Schüler nicht die kompletten entstehenden Kosten tragen.

Herr Lange, Fraktion Die LINKE., äußerte, dass es nicht sein könne, dass Schüler von außerhalb dieses Wohnheim beziehen und die Zimmer sich in einen katastrophalen Zustand befinden.

Herr Kogge, Beigeordneter Geschäftsbereich Bildung und Soziales, antwortete, dass er es mitnehme und es versuche, zu beantworten. Das Abmieten der Wohnungen wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen intensiv diskutiert.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Bildung, ergänzte, dass in das Gebäude nicht umfänglich investiert, sondern nach besseren Alternativen gesucht werde.

Herr Senger, SKE, wies auf die als Tischvorlage übergebene Antwort zu den Anrufbeantwortern in Schulen hin. Er fragte, ob es eine Idee oder Möglichkeit gebe, Schulen einen Anrufbeantworter zur Verfügung zu stellen, sofern keiner vorhanden oder defekt ist?

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Bildung antwortete, dass eine Vielzahl von Ersatzausstattungen getätigt wurde. Weitere Geräte seien in Beschaffung und es dauere etwas.

zu 9 Anregungen

Frau Raab, FDP-Fraktion, informierte, dass die BVJ-Klassen sich gern für Renovierungsarbeiten anbieten.

Herr Senger, SKE, regte an, dass es wesentlich papiersparender sei, wenn man die Niederschriften doppelseitig drucken würde.

Für die Richtigkeit:

Datum: 08.01.14

Tobias Kogge
Beigeordneter für Bildung und Soziales

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Bernd Werner
stellv. Protokollführer

Anlagen

Schreiben GB V zur Turnhalle Kastanienallee